

UNION FÜR SOZIALERHALT UND BÜRGERRECHTE

PARTEI GEGRÜNDET 4/ 2002

BUNDESVORSTANDSVORSITZENDER:

WIRTSCHAFTSBERATER KLAUS FROMME

VORSTANDSVORSITZENDER DES VEREINS: „GRAUE ZONE 88 e.V.“

MITGLIED IM „VEREIN GEGEN RECHTSWILLKÜR e.V.“ FRANKFURT/M.

MITGLIED IM „BUNDESVERBAND ZUM SCHUTZ VOR RECHTSMISSBRAUCH e.V.“

MITGLIED IN DER „INTERESSENGEMEINSCHAFT BETRUGSOPFERHILFE“ Wuppertal

VERTEIDIGUNG DER MENSCHENRECHTE VOR DEM EGMR UNTER „TEREDO“ EUROPAPLAGE

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN INTERNATIONALEN JUSTIZKONTROLLORGANEN IN PARIS UND BRUXELLES



D-28261 BREMEN, POSTFACH 610164

TELEFON : 49 - 0421 - 22 105 21 TELEFAX: 22 105 19

Die Bundesrepublik Deutschland, ein Land der Korruption und Protektion mit unfähiger Regierung, wirtschaftliche Schwachstellen zu beseitigen!

Die Politik ist auf wirtschaftliche Zerstörung ausgerichtet!

Immer mehr Volksvermögen wird verhökert. Egal an wen?

Schlechte Schulbildung ist in Deutschland Mittel zum Zweck.

So gilt es den Bürger abhängig, willen- und wehrlos zu machen

mit einer Justiz, die von den Parlamentariern von Recht und Gesetz losgelöst wurde!!!

Das einzige Mittel im Kampf gegen wirtschaftliche Missstände, Korruption und Protektion ist eine bedingungslose Berichtserstattung in der

bundesdeutschen, aber auch in der europäischen Presse!

Es ist die Öffnung der Medien für Systemkritiker und Individualisten.

Ein schwaches Deutschland wird auch ein schwaches Europa sein!

Meine Lebenszeit ist abzusehen, aber ich habe Kinder in die Welt gesetzt, denen ich ein Leben in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wünsche!

Bin ich deswegen ein Tagträumer, wenn ich mich seit Jahren für Bürger einsetze, denen von diesem korrupten Staat, der alles andere als ein Rechtsstaat ist, alles genommen wird? Ich denke, dass wir viel mehr Menschen brauchen, die bereit sind diesem Land Freiheit, Wirtschaftlichkeit und Gerechtigkeit abzufordern!

Jeder sich dazu bekennende Journalist kann dabei eine wichtige Säule für eine bessere Zukunft sein und sich selbst und seinen Posten damit absichern. Statt primitivste Talkshows sollten die Sender mehr sozialkritischen Talk bringen, das würde allen Menschen in diesem Land helfen, darüber sollten die Verantwortlichen der öffentlichen Sender einmal nachdenken, die privaten Sender können ja bei Ihrer Primitivität bleiben!

Bremen dem 27. 12. 2005

Sehr geehrte Chefredakteure und Journalisten!

Ich stehe Ihnen gern für Fragen und Antworten zur Verfügung! Es kann nicht mehr heißen: „Nur weiter so!“ So blind kann niemand sein!

Weiter so! Das heißt Armut und Verzicht in Kauf nehmen und die Volksgesundheit dahin zu bringen, dass es heißen muss: „Weil Du arm bist, musst Du früher sterben!“ Ein Satz, der heute traurige Wirklichkeit geworden ist! Lesen Sie bitte den Anhang (10 Seiten) dieses Schreibens, es lohnt sich!

Mit freundlichem Gruß *Klaus Fromme*

UNION FÜR SOZIALERHALT UND BÜRGERRECHTE

PARTEI GEGRÜNDET 4/ 2002

BUNDESVORSTANDSVORSITZENDER:

WIRTSCHAFTSBERATER KLAUS FROMME



VORSTANDSVORSITZENDER DES VEREINS: „GRAUE ZONE 88 e.V.“

MITGLIED IM „VEREIN GEGEN RECHTSWILLKÜR e.V.“ FRANKFURT/M.

MITGLIED IM „BUNDESVERBAND ZUM SCHUTZ VOR RECHTSMISSBRAUCH e.V.“

MITGLIED IN DER „INTERESSENGEMEINSCHAFT BETRUGSOPFERHILFE“ Wuppertal

VERTEIDIGUNG DER MENSCHENRECHTE VOR DEM EGMR UNTER „TEREDO“ EUROPAPLAGGE

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN INTERNATIONALEN JUSTIZKONTROLLORGANEN IN PARIS UND BRUXELLES

D-28261 BREMEN, POSTFACH 610164

TELEFON : 49 - 0421 - 22 105 21 TELEFAX: 22 105 19

Senator für Justiz und Verfassung

Der Freien und Hansestadt Bremen

Justizsenator persönlich!

Richtweg

28915 Bremen

Per Telefax: 361 – 17477 am 16. 12. 05

Bremen, dem 17. 12. 2005

Kopie zur EU-Akte PR Z

Weiterer 2. Mordversuch durch Willkür Justiz in Bremen

Wegen Verurteilungen durch nachstehende Rechtsbrecher im Land Bremen, die dem Volksgerichtshofspräsidenten Herrn Freisler zur Ehre verhelfen würden, wird der zweite Versuch unternommen mich hinzurichten!

Verantwortliche durch Verfahren ohne Anhörung:

Richterin Dr. Marx: Mehrfacher Verstoß gegen GG u.a. Rechte, Maulkorbverhängung

Richter Mertens: Verstoß gegen GG u. a.. Rechte, Maulkorbverhängung

Staatsanwalt Picard Mehrfacher Verstoß gegen GG + Urteil nach Gesetz aus Drittem Reich! Begünstigung von Betrug im Amt und Arbeitsverbot durch Strafe, Verhinderung der Aufdeckung von Wirtschaftskriminalität! Maulkorbverhängung.

Die Haft eines Menschen nach einem nicht richtig behandelten oder operierten Herzinfarkt ist tödlich, weil eine gezielte ärztliche Betreuung in einer Haftanstalt, nicht zu gewährleisten ist, das wissen die Justizverantwortlichen genau und deshalb ist dies die einzige Methode jemanden scheinbar unbeteiligt umzubringen. Genau das wollen die Verantwortlichen der bremischen Justiz!

Man weiß genau, dass man noch Leichen im Keller hat. Selbstverständlich wurden entsprechende Aufzeichnungen von mir weitergegeben, mit der Auflage im Falle meines Todes, die Namen der Täter dem Europäischen Gerichtshof weiterzureichen.

Im Schreiben des Hausarztes Dr. Rainer Rehberger wurde dem Gericht mitgeteilt, dass ich nicht zu einer Gerichtsverhandlung kommen kann! Dieses Schreiben wird **wie beim ersten Mal** dazu benutzt, eine Einweisung in eine Haftanstalt anzuordnen. Auch bei der ersten Einweisung in die Haftanstalt war eine entsprechende Bescheinigung vorausgegangen, was folgte war der Versuch der Verhaftung durch die Polizei in meiner Wohnung. Die Inaugenscheinnahme des Haftbefehls, eines Richters, wurde mir wohlweislich vorenthalten, ob es ihn überhaupt gab; ist fraglich. Notarzt bewahrt mich vor Tod! **Beweis:** Ehefrau Helga Fromme und Klinikum LdW.

Die Haftunfähigkeit kann noch einmal extra bescheinigt werden!

Ich verlange für alle Verurteilungen, nach wie vor, rechtliches Gehör und da die Justiz mich wirtschaftlich vernichtet hat, einen rechtlichen Beistand, sowie Prozesskostenhilfe, da ich durch jahrelange Justizverbrechen zum Hartz 4 - Empfänger wurde!

Anlage: Ärztliches Attest vom 9. 12. 2005

Dr. med. Rainer A. Rehberger

Facharzt für Allgemeine und Innere Medizin
Naturheilverfahren · Rettungsmedizin

Dr. med. Inge Thölken

Fachärztin für Innere Medizin
Akupunktur

Dr. med. R. A. Rehberger · Dr. med. I. Thölken · Ostendorfer Str. 41A · 27726 Wörpswede

Ostendorfer Straße 41A
27726 Wörpswede
Tel. (04792) 93230
Fax (04792) 932323

Bankkonto: Kreissparkasse Lillenthal
(BIZ 69152300) Kto.-Nr. 141010

Datum 09.12.2005

Fromme, Klaus, geb. 04.05.1941

Ärztliche Bescheinigung

Der o.g. Patient befindet sich in meiner ambulanten
Behandlung.

Wegen einer schweren Herzerkrankung, die operativ
versorgt werden muß, ist er z.Z. nicht in der Lage, an
einem anstehenden Gerichtsprozeß teilzunehmen.

Es werden z.Z. die voroperativ nötigen Behandlungen
durchgeführt, die bisher einem herzchirurgischen
Eingriff entgegenstehen.

Aufregungen jedweder Art sind für den herzkranken
Patienten jedoch dringend zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. R.A. Rehberger

UNION FÜR SOZIALERHALT UND BÜRGERRECHTE

PARTEI GEGRÜNDET 4/ 2002

BUNDESVORSTANDSVORSITZENDER:

WIRTSCHAFTSBERATER KLAUS FROMME



VORSTANDSVORSITZENDER DES VEREINS: „GRAUE ZONE 88 e.V.“

MITGLIED IM „VEREIN GEGEN RECHTSWILLKÜR e.V.“ FRANKFURT/M.

MITGLIED IM „BUNDESVERBAND ZUM SCHUTZ VOR RECHTSMISSBRAUCH e.V.“

MITGLIED IN DER „INTERESSENGEMEINSCHAFT BETRUGSOPFERHILFE“ Wuppertal

VERTEIDIGUNG DER MENSCHENRECHTE VOR DEM EGMR UNTER „TEREDO“ EUROPAPLAGE

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN INTERNATIONALEN JUSTIZKONTROLLORGANEN IN PARIS UND BRUXELLES

D-28261 BREMEN, POSTFACH 610164

TELEFON : 49 - 0421 - 22 105 21 TELEFAX: 22 105 19

Senator für Justiz und Verfassung

Der Freien und Hansestadt Bremen

Bremen, dem 14. 12. 2005

Justizsenator persönlich

Richtweg

Kopien: EU-B/Komm. +PR

28915 Bremen

2. Mordversuch durch bremische Justiz

Auskunftsersuchen um vollständige Namen, Titel, und ladungsfähige Anschrift, nachstehender Rechtsbeuger:

Frau Dr. Marx: Mehrfacher Verstoß gegen GG u.a. Rechte, Maulkorbverhängung

Richter Mertens: Verstoß gegen GG u. a. Rechte, Maulkorbverhängung.

Staatsanwalt Picard: Mehrfacher Verstoß gegen GG + Urteil nach Gesetz aus dem Dritten Reich! Begünstigung und Arbeitsverbot durch Strafe, zur Verhinderung der Aufdeckung von Wirtschaftskriminalität. **Kostenfreie Hilfe für Betrugsoffer in der BRD strafbar! MkV.**

Immerhin führten die Strafen, in Höhe von über 5.000,--€ ohne Anhörung, bemessen an Hartz 4, gemäß § 40 StGB, bereits zu einem Mordversuch, der gegen meine Person gerichtet war durch versuchte Verhaftung und Überführung in eine Haftanstalt, nach einem kurz zuvor erlittenen Herzinfarkt, ein sicheres Todesurteil, vor dem mich nur ein Notarzt gerettet hat!

Den vorgenannten Personen wird vorgeworfen, meineidig zu sein, Verfahren gegen den Inhalt des Grundgesetzes und die EMRK geführt zu haben, und damit Willkürurteile gefällt zu haben, unter dem Verlust rechtlichen Gehörs für die Verurteilten, wie in Bremen mehrfach beweisbar und üblich!

Außerdem wird hiermit höflich angefragt, wann in der Sache 93 (81b) Cs606 Js 28525/03 meiner Anzeige, mit Generalvollmacht meines Sohnes, Herrn Felix Fromme, versuchter Totschlag durch Polizeibeamten, nachgegangen wird. Auch hier Absicht und Gewalt auf höheren Befehl? Dieser Verdacht steht im Raum!

Aus dem Verfahren erbitte ich die Protokolle der Verhandlung aus dem 1. und 2. Gerichtsgang, in dem die eingereichte Klage umgedreht wurde! Es geht in der Klage um einen Hilferuf an die Polizei über 110. Statt einen Schläger zu ermitteln, glänzt die Polizei durch Willkür und Machtausübung gegenüber dem Opfer. Nicht neu in der bremischen Polizei, wie durch „Bild“ belegt ist!

Die Klage soll vor dem EGMR geführt werden, da im Land Bremen Justizwillkür längst bewiesen ist und weiter durch Justizopfer bewiesen werden kann. Es wird dabei eine Internationale Körperschaft Hilfe leisten.

Kopie: Petitionsausschuss EU-Rat zum Globalentwurf. Anlage Ladung zum Strafantritt

Staatsanwaltschaft Bremen
- Vollstreckungsabteilung -

Vermittlung: 0421/361-0

Durchwahl: 0421/361-9 67 68

Telefax: 0421/361 96778

Dienststz: Ostertorstr. 10, 28195 Bremen

[lad-ersfs.1]

Bankverbindung:

Landeshauptkasse Bremen

KtoNr.: 107011 5000

Bremer Landesbank (BLZ 29050000)

Staatsanwaltschaft Bremen
 Postfach 10 15 60, 28015 Bremen

Sprechzeiten:09.00 - 13.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Herrn
 Klaus-Dieter Siegfried Fromme
 Lampeweg 4

28195 Bremen

An die Bundesjustizministerin Frau Brigitte Zypries
An den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags
An den Petitionsausschuss des Europäischen Rats
An Medien und Mitstreiter für eine gerecht Justiz!
 Von einem der zuviel weiß und daher umgebracht werden muss!

Ihr Zeichen: **Geschäftsnummer** (Bitte stets angeben):**Bremen**

. 600 VRs 606 Js 14608/04

13. Dez. 2005 -s1202-

Geburtsdatum: 04.05.1941

Geburtsort: Hannover

Ladung zum Strafantritt

Sehr geehrter Herr Fromme,
 nach der vollstreckbaren Entscheidung:

Urteil des Amtsgerichts Bremen vom 12.01.2005,
 Geschäftsnummer: 93 Cs 606 Js 14608/04,
 Tatvorwurf: Falsche Verdächtigung in Tateinheit mit Beleidigung in Tateinheit mit Verleumdung
 (§§ 164, 185, 187, 52 StGB)

haben Sie

70 Tage Ersatzfreiheitsstrafe
 (Tagessatzhöhe: 40,00 EURO)

zu verbüßen.

Sie werden aufgefordert, diese Strafe spätestens **binnen einer Woche** nach Erhalt dieser Ladung in der

Justizvollzugsanstalt Bremen-Oslebshausen, Sonnemannstr. 2,
28239 Bremen

anzutreten.

14608-04.1

- 2 -

Durch sofortige Zahlung von 2800.00 EURO an die

Landeshauptkasse Bremen Landeshauptkasse in Bremen

Konto Nr.: 107011 5000
 bei: Bremer Landesbank
 BLZ: 29050000

unter Angabe der Geschäftsnummer . 600 VRs 606 Js 14608/04 können Sie die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe abwenden.

Sofern Sie den Betrag in der Zwischenzeit eingezahlt haben, müssen die Einzahlungsbelege (z.B. Kontoauszüge, Quittungen o.ä.) hier sofort vorgelegt werden.

Sollten Sie sich nicht rechtzeitig zum Strafantritt einfinden, muss gegen Sie Haftbefehl erlassen werden. Durch Einreichen eines Gnadengesuches wird die Vollstreckung nicht gehemmt.

Sie können nur an Werktagen (außer sonnabends) aufgenommen werden, und zwar in der Zeit von 7.00 bis 18.00 Uhr, an Werktagen, die einem Feiertag vorangehen, in der Zeit von 7.00 bis 13.00 Uhr. Sie haben ohne jegliche Einwirkung von Alkohol- und Betäubungsmitteln zum Strafantritt zu erscheinen.

Sie müssen diese Ladung und einen gültigen Personalausweis oder Reisepaß zum Strafantritt mitbringen.

Beachten Sie bitte die anliegenden Hinweise.

Hochachtungsvoll


 Behrens
 Dipl.-Rechtspfleger



Anmerkung:

Neuer gezielter Mordversuch durch die bremische Justiz!

Die Verantwortlichen wissen, das ich vor einer großen Herzoperation stehe, die Operation kann wegen anderer gesundheitlicher Belastungen, die derzeit behandelt werden, nicht ausgeführt werden, auch darüber ist die Justiz in Bremen unterrichtet!

Die Verurteilung erfolgte ohne ein rechtsstaatliches Verfahren, eine Anhörung zur Sache wurde von der Richterin Marx ausdrücklich ausgeschlossen! Maulkorberlass!

Die Justiz weiß, dass ich Hartz 4 Empfänger bin und nur 345,-€ zum Lebensunterhalt bekomme. Das ich keiner Arbeit nachgehen konnte habe ich Berufsverbrechern in der bremischen Justiz zu verdanken, die einer betrügerischen Maklerin und einem betrügerischen Autohaus zu Diensten waren. Dies wurde seinerzeit bis ins Ausland offenkundig gemacht! Die Bestrafung durch Fr. Marx erfolgte zudem unter Missachtung von § 40 StGB!

Das alles hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun. Auch meine Frau wurde von der Justiz gesundheitlich kaputt gemacht und hat berechtigte Angst, das ich durch Justizverbrecher in Bremen ermordet werden soll!

Haftanordnung vom 13. 12. 2005 gez. durch Behrens Dipl. Rechtspfleger! Welcher Richter den ersten Haftbefehl unterschrieben hat, ist bis zum heutigen Tag unbekannt.

16.12.05 Klaus Fromme

UNION FÜR SOZIALERHALT UND BÜRGERRECHTE

PARTEI GEGRÜNDET 4/ 2002

BUNDESVORSTANDSVORSITZENDER:

WIRTSCHAFTSBERATER KLAUS FROMME

VORSTANDSVORSITZENDER DES VEREINS: „GRAUE ZONE 88 e.V.“

MITGLIED IM „VEREIN GEGEN RECHTSWILLKÜR e.V.“ FRANKFURT/M.

MITGLIED IM „BUNDESVERBAND ZUM SCHUTZ VOR RECHTSMISSBRAUCH e.V.“

MITGLIED IN DER „INTERESSENGEMEINSCHAFT BETRUGSOPFERHILFE“ Wuppertal

VERTEIDIGUNG DER MENSCHENRECHTE VOR DEM EGMR UNTER „TEREDO“ EUROPAPKLAGE

ZUSAMMENARBEIT MIT INTERNATIONALEN JUSTIZKONTROLLORGANEN IN PARIS UND BRUXELLES

D-28261 BREMEN, POSTFACH 610164

TELEFON : 49 - 0421 - 22 105 21 TELEFAX: 22 105 19



Justizsenator der Freien und Hansestadt Bremen zur Kenntnis

President

**European Court of
Human Rights**

**Council of Europe
F-67075 Strasbourg**

Bremen, dem 18. Dez. 2005

Pet. EU-RAT

Bundesbehörden die dazu die
weitere Informationen erhalten
oder bereits erhalten haben.
Presse im In- und Ausland

Aufdeckung von Justizverbrechen in der BRD, die jeden europäischen Bürger angehen!

Strafantrag für irrationale, amtlich vereidigte Straftäter im Bereich der bundesdeutschen Justiz

Ansatz des Strafantrags ist die zunehmende Irrationalität bei Bescheiden, Erlassen, Beschlüssen, Urteilen und Verfügungen von Beamten und Richtern. Immer mehr Entscheidungen enthalten keine Begründungen, so dass sie von Willkür nicht zu unterscheiden sind, also Willkür sind und ebenso oft hat eine Begründung, falls sie einmal beigefügt ist, keinen Bezug zum vorgetragenen Sachverhalt, sondern rechtfertigt ein Aliud, das gar nicht zur Debatte stand, oder geht in anderer Weise nicht auf das tatsächliche und rechtliche Vorbringen des Rechtsuchenden ein. (Versagung rechtlichen Gehörs gemäß Art.103 Abs.2 GG)-

Die mit dem Beginn des Jahres fast überall ermöglichte Gehörsrüge bringt keine wesentliche Verbesserung, die Richter leugnen einfach irrational, das eine Gehörsversagung vorliegt. Beim BVerfG werden nach wie vor 98 % aller Verfassungsbeschwerden nicht angenommen. Die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Richter, Recht zu sprechen, treibt die Rechtssuchenden zur Verzweiflung. Den Richtern muss klar vor Augen geführt werden, dass ihre begründungslose, irrationale, willkürliche Ausübung rechtsprechender Gewalt verfassungswidrig ist, arg. BVerfG 25 352 359:

„Das irrationelle Element muss entfallen, das in einer modernen, demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben kann.“

Dazu BVerfG 34, 269, 287:

„Die Entscheidung eines Richters muss auf rationaler Argumentation beruhen.“

Und den Tatbestand des § 81 (1) Nr. 2 StGB (Verfassungshochverrat im Amt) erfüllt, der immer dann vorliegt, wenn Beamte oder Richter wissentlich, willentlich und hoheitlich ihre Befugnisse überschreiten und es so unternehmen, mit ihrer vollziehenden oder rechtsprechenden Gewalt die verfassungsmäßige Ordnung zu ändern, indem sie Staatsmacht ergreifen, die ihnen das Grundgesetz nur in eingeschränkterem Umfang, nämlich nur im Rahmen von Recht, Gesetz und Rationalität arg. Art. 20 (3) GG und BVerfG 25, 352, 359; 24, 269, 287 zuweist, vgl. LK-Willms 7 zu § 81 StGB (Umsturz von oben)

Verfassungshochverrat im Amt begeht auch, arg. § 13 (1) StGB, wer es wissentlich und willentlich und hoheitlich pflichtwidrig unterlässt, mit seiner vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt durch befugnisgemäßen Einsatz derselben eine Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung zu verhindern, da er rechtlich für ihre Erhaltung einzustehen hat und sein Unterlassen, da ihm nur eigens für diese Erhaltung Gewalt zugewiesen wurde, die Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung unmittelbar wie durch ein Tun verwirklicht.

Es ist, und dazu bitte ich um Ihre Gesetzesvorlage nach Artikel 76 (1) GG, eine klarstellende Fassung dieser Strafvorschrift geboten, denn den Beamten, besonders Staatsanwälten, und Richtern fehlt bei Ihren Irrationalitäten in erschreckendem Ausmaß jedwedes Unrechtsbewusstsein. Sie können sich wegen Ihrer Verfassungswidrigen, arg Demokratie ist Herrschaft auf Zeit, Lebensstellung nicht mehr in die Lage eines Rechtsunterworfenen versetzen, der von ihnen rechtloser als ein Untertan im Absolutismus behandelt wird, wenn er wider allgemeinen Sprachgebrauch, Logik, Vernunft, Denkgesetze und Folgerichtigkeit etwas befolgen muss, das von einer Sprachgewalt, die angeblich von ihm ausgeht, nationalitätsfremdbefohlen wird.

In den Diktaturen des Mittelalters und der Neuzeit bis etwa 1800 gab es wenigstens noch (zumeist) die gleiche Bindung des Alleinherrschers und seiner Untertanen an christliche Werte, heute dagegen fehlt jede Gemeinsamkeit zwischen Obrigkeit und ihren Gewaltunterworfenen. Man wird wohl in der säkularisierten Gesellschaft keinen Wertekonsens mehr erreichen können, um so wichtiger ist es, wenn nicht einmal eine GG- gemäße Demokratie:

getrennte persönliche Mehrheitswahl aller Abgeordneten und Beamten und Richter aus allen Ebenen, Gemeinde, Land, Bund, Europa, und nur auf Zeit unmittelbar durch das Volk, das auch über alle Sachfragen, wenn es will, letztentscheidet wie in der Schweiz und in den USA,

besteht, sondern nur eine verfassungswidrige Verfassungswirklichkeit:

Keine Volkshoheit, keine Gewaltentrennung, Justiz im Würgegriff der Politik (Deutscher Richterbund e.V. in der Allgäuer Zeitung vom 31. 2. 2002) richterliche Unabhängigkeit = verlogene Angelegenheit und von unabhängigen Gerichten zu sprechen = Verletzung der Wahrheit (VerGH-

Präsident NM Dr. Paulus von Husen in „Die Entfesselung der Dritten Gewalt, 1951, AöR 78 = 1953 S. 49, 55,57),

die Staatsgewaltausübung an strengste Rationalität als Legitimationssurrogat zu koppeln, damit die Beamten und Richter über die Gesetze hinaus wenigstens kein zusätzliches Unrecht mehr in die Welt setzen, wie sie es z.Z. mit ihren Irrationalentscheidungen tun, die der Inbegriff des Unrechts sind, die größte Gefahr für das Zusammenleben darstellen und das explosivste Potential zur Gemeinschaftszerstörung bilden, weil der Rechtsunterworfenen nicht einsieht, dass er an Rationalität noch gebunden sein soll, wenn die Beamten und Richter es nicht mehr sind.

Da es denkgesetzlich ebenso ausgeschlossen ist, Rasentennis im Rübenfeld wie einen GG-Rechtsstaat ohne seine Voraussetzungen, nämlich die GG-Rechtsstaatskonstitutiven arg. Art.1 79 (3) GG Verfassungsgrundsätze Volkshoheit und Gewaltentrennung, Art. 20 (2) GG, zu betreiben, so als ob sie bloße epitheta ornantia (schmückendes Beiwort) des Verfassungstextes seien, die ergebnisirrelevant fehlen können, also ohne Rücksicht auf ihre Nichtexistenz GG-gemäße vollziehende oder rechtsprechende Staatsgewaltausübung möglich sei, ist begründungslose Staatsgewaltausübung, wie wir sie zur Zeit viel zu häufig in der vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt erleben, das schwerste Delikt gegen den GG-Rechtsstaat.

Neurophysiologisch gesehen, ist sie der atavistische Abfall von den Werten der Aufklärung, Menschenwürde und Vernunft, Art. 1 GG und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie der EMRK - Präambel, in die irrationalen Abgründe phylogenetisch prä- und protohominider Schichten des Hirnaufbaus, deren Herrschaft in den rationalen GG Rechtsstaat unmittelbar außer Kraft gesetzt, Millionen Jahre menschlicher Zivilisationsentwicklung zunichte gemacht und die Auseinandersetzungsebene zwischen recht- und vernunfttheischem Staatsbürger und der mit Großhirnbypass agierenden Staatsgewalt auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, unsere pongide Tiernatur absenkt, die nur Macht, nicht aber Recht und Ratio anerkennt, die Gewalt- und Willkürherrschaft, vgl. § 92 (2) Nr. 6 StGB, deren Merkmal die Irrationalität, a los eo ipso herbeigeführt, vgl. auch Radbruch, „Geschichte des Verbrechens“, Stuttgart 1951, XV. Hexenprozesse, S. 153: „Seit dem Ende des 12. Jahrhunderts wurden Deutschland und Europa erneut von einer Welle des Aberglaubens überflutet. Ausgelöst wurde sie durch die höheren Formen der Wissenschaft, die Astrologie, Alchemie und Magie sowie durch die vulgäre Unterschicht des Volksglaubens, der auf alten Zaubervorstellungen beruhte.

Es war ein Rückfall in die magische Denkweise des primitiven Menschen, die stets in uns vorhanden, sich meist im Unterbewussten verbirgt, aber immer wieder in den Bereich des Bewusstseins überraschend vorstößt.

Beweis: Am Beispiel Klaus Fromme, **2. Mordversuch durch bremische Justiz! Sohn unschuldig von der Polizei krankenhausesreif geschlagen!** Ergebnis: Gehirnerschütterung und Hörsturz, Spätschaden nicht ausgeschlossen! **Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Rechtsstaat**, wie ein faires Gerichtsverfahren unter rechtlichem Gehör bewiesen wird! Div. Anlagen p.P.

UNION FÜR SOZIALERHALT UND BÜRGERRECHTE

PARTEI GEGRÜNDET 4/ 2002

BUNDESVORSTANDSVORSITZENDER:

WIRTSCHAFTSBERATER KLAUS FROMME

VORSTANDSVORSITZENDER DES VEREINS: „GRAUE ZONE 88 e.V.“

MITGLIED IM „VEREIN GEGEN RECHTSWILLKÜR e.V.“ FRANKFURT/M.

MITGLIED IM „BUNDESVERBAND ZUM SCHUTZ VOR RECHTSMISSBRAUCH e.V.“

MITGLIED IN DER „INTERESSENGEMEINSCHAFT BETRUGSOPFERHILFE“ Wuppertal

VERTEIDIGUNG DER MENSCHENRECHTE VOR DEM EGMR UNTER „TEREDO“ EUROPACLAGE

ZUSAMMENARBEIT MIT INTERNATIONALEN JUSTIZKONTROLLORGANEN IN PARIS UND
BRUXELLES

D-28261 BREMEN, POSTFACH 610164

TELEFON : 49 - 0421 - 22 105 21 TELEFAX: 22 105 19



Medien in Deutschland

Internationale Presse

Präsidium BGH +BVerfG

Europäischer Rat

Europäischer Gerichtshof

Bremen, dem 19. 12. 2005

Veröffentlichung dieses Schreibens

deutlicher Wunsch der Betroffenen!

Kontakt erwünscht!

Die Bundesrepublik Deutschland, der verlogene Rechtsstaat Kein Recht für Arme, die große Lüge um die Prozesskostenhilfe! Erst ausgeraubt, dann rechtlos?

Erst ausgeraubt, dann rechtlos, so sieht die traurige und rechtlose Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland aus! Sie haben noch etwas Geld übrig behalten, dann bringen Sie das zu Ihrem Rechtsanwalt, der wird schon dafür sorgen, dass Ihnen nichts mehr bleibt!

Sie halten das für übertrieben? Nein, **das ist die Wirklichkeit**, wie sie sich von Süden nach Norden und von Westen nach Osten zeigt!

Hier am Beispiel des **Ford Autohauses Hans-Werner Denzien aus Rostock**.

Von der Hausbank betrogen, ausgeraubt und mittels räuberischer Erpressung aus dem eigenen Betrieb verwiesen. Die eigene Buchhaltung verfälscht die Bilanzen! Ein wirtschaftlicher Niedergang aus dem die betrügerische Bank **bis zum heutigen Tag** Profit zieht.

Für den Justizminister Seling und seine Mannen ist der Fall verjährt!

Doch Sie haben richtig gelesen, die wirtschaftliche Vernichtung geht bis zum heutigen Tag weiter! Also doch nicht verjährt? Trotz Rechtsanwalt hilflos! **2-stelliger Millionenbetrag!**

Kann sich die Bundesrepublik Deutschland solche Justizminister leisten, in Zeiten der höchsten Arbeitslosigkeit nach dem 2. Weltkrieg? Kann sich die Bundesrepublik Deutschland Geldinstitute leisten, die aus Gewinnsucht Unternehmer auf übelste Art betrügen?

So wie auch in dem **Fall des mittelständischen Unternehmers Herrn Friedrich Bimmler** aus Öhringen, der von seiner Hausbank, um weit über 100.000,- DM, dadurch betrogen wird, indem nach einer Kündigung zur Unzeit und grundlos, das Konto trotz Kündigung weiter in Anspruch genommen und mit Zinsen falsch abgerechnet wird. Schaden:**2-stel.Millionenbetrag**

Es folgt nach der Kündigung die Versteigerung seines Grundvermögens, die Inbesitznahme und die Veräußerung seiner Lebensversicherung zum Zeitwert. **Altersversorgung Ade!**

Herr Bimmler, bis dahin Besitzer von zwei getrennten, bebauten Grundstücken. Um im Banken- und Justizkomplott reinen Tisch zu machen, werden beide Grundstücke am gleichen Tag versteigert, eins früh, das andere Stunden später. Die **Rechtspflegerin Wohlfahrt** mußte erkennen, dass die Versteigerung eines Grundstücks bereits ausgereicht hätte.

Sie war nach der Versteigerung darauf aufmerksam gemacht worden, dass Schulden bereits mit der ersten Versteigerung gedeckt waren und sie war auch darauf aufmerksam gemacht

worden, dass eine notwendige Vollmacht zur Versteigerung nicht vorliegt, was sie nicht daran hinderte, mit pampiger Bemerkung, mit der wirtschaftlichen Vernichtung bei Herrn Bimmler fortzufahren. Immerhin findet das Übergehen von Betrug auch die Befürwortung des **Richters Dr. Becht am LG Heilbronn**, der auch im Fall der Familie Eisel, **den ich mit Prozessbetreuungen der Notariate in Mühlacker bearbeitet habe**, von Bankbetrug nichts wissen will. In beiden Fällen gravierende Fehler in der rechtlichen Würdigung, in beiden Fällen deutlicher Betrug zweier Volks- bzw. Raiffeisen-Banken, fernab jeder Einschätzung von bankrechtlichen Verhaltensregeln!

Wie sieht das mit dem **Bankrecht von Herrn Canaris** aus, einem 1.000 Seiten starken Kompendium, in dem nahezu alle Rechtsprobleme behandelt sind und die europaweit Geltung haben sollten, aber vielen Richtern und Staatsanwälten, sagt der Name **Prof. Dr. Dr. h.c. Claus Wilhelm Canaris** nicht das Geringste, wie wir feststellen mussten!

Bankbetrug ist in dieser Republik ein Thema, das eng verflochten ist mit Konkursen, der hohen Arbeitslosigkeit, die sich verheerend auf Sozialkassen auswirkt und die letztendlich auch zu einer unermesslichen Zahl von privaten Pleiten führt!

Sind Unternehmer erst einmal soweit gekommen, dass aller Besitz genommen ist, fallen die Rechtsanwälte wie Aasgeier über sie her. Die Familie Eisel hatte über 10 Rechtsanwälte konsultiert, ohne nur ein Stück voranzukommen. Auch Herr Bimmler hatte eine Vielzahl von Beratern, die mit immer neuen aber kaum brauchbaren Ideen kamen. Den Rat, den ihm ein Richter gegeben hat, nämlich strafrechtliche Schritte gegen Bank und gegen die Justizverantwortlichen einzuleiten, hat jeder Rechtsanwalt abgelehnt und das ist in aller Regel mit der Einrede geschehen, dass ein Strafverfahren mit zuviel Arbeit bei schlechtem Lohn, verbunden ist. Außerdem, so die Rechtsanwälte, hätte der Unternehmer nichts von der Bestrafung, er wolle ja schließlich nur sein Geld zurück und eine Entschädigung haben und dafür sei ein Zivilverfahren der bessere Weg! Dies ist eine mehr als schwachsinnige Behauptung, da ein Ermittlungsverfahren richtig betrieben, unter ganz anderen Voraussetzungen bearbeitet werden kann. Die Verantwortlichen der Ermittlungsbehörden sind in der Lage Ermittlungen vor Ort vorzunehmen, sie sind in der Lage Unterlagen zu konfiszieren und bei Verhören das Überraschungsmoment auszunutzen. Wird ein Strafverfahren richtig und erfolgreich abgeschlossen, ist es die halbe Miete zu Erfolg für einen erfolgreichen Zivilprozess. So sollte es eigentlich auch den Studierenden übermittelt werden, leider ist das nicht der Fall, wie man auch an der Praxis der Ermittlungsbehörden feststellen kann, die sich durch Anzeigen in Ihrer Beamtenlethargie gestört sehen.

Ich selbst habe dies deutlich bei meinem Selbststudium bei der Fernuniversität Hagen und meinem Lehrmeister Herrn Prof. Dr. Dr. Merson erfahren können, was der bessere Weg ist! Ich hatte das Studium aufgenommen, um das Verhalten von Richtern und Staatsanwälten, die mich mit Unrechtsurteilen überzogen haben, nachvollziehen zu können und konnte mit dem erworbenen Wissen manchen Menschen helfen. Dafür wurde ich immer wieder mit den Errungenschaften der Justiz aus dem Dritten Reich konfrontiert, wie hier im Fall des Staatsanwalts Picard! Dieser Staatsanwalt versucht jetzt eine Strafverfolgung, in Fällen, die ihn räumlich nichts angehen, dadurch zu verhindern, dass er mich ohne rechtliches Gehör abgeurteilt hat, ohne zu wissen worum es geht, wie das im Dritten Reich üblich war.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine Justiz der Korruption und Protektion von Betrug, vor allem dann, wenn es um das Zusammenspiel von Justiz und Banken geht.

Deutschland hat nur eine Chance wirtschaftlichen Aufschwung zu erleben, wenn betrügerische Machenschaften von Banken von der Justiz entsprechend geahndet werden, wenn es dafür nicht schon zu spät ist, weil viele Banken genug Kellerleichen haben, die zu einem Bankrott der Geldinstitute führen würden, würde jeder Betrug schonungslos aufgedeckt!

Prozesskostenhilfe ist für den Kläger im Strafrecht angeblich nicht vorgesehen, ein Rechtsanwalt, der für Minderlohn arbeitet, ist kaum zu finden, so die Selbstdarstellung der Justizverantwortlichen! Weit über 500.000 Bankgeschädigte gibt es in Deutschland, mit zunehmender Tendenz. Eine schlechte Bilanz auch für das vereinigte Europa!

UNION FÜR SOZIALERHALT UND BÜRGERRECHTE

PARTEI GEGRÜNDET 4/ 2002

BUNDESVORSTANDSVORSITZENDER:

WIRTSCHAFTSBERATER KLAUS FROMME

VORSTANDSVORSITZENDER DES VEREINS: „GRAUE ZONE 88 e.V.“

MITGLIED IM „VEREIN GEGEN RECHTSWILLKÜR e.V.“ FRANKFURT/M.

MITGLIED IM „BUNDESVERBAND ZUM SCHUTZ VOR RECHTSMISSBRAUCH e.V.“

MITGLIED IN DER „INTERESSENGEMEINSCHAFT BETRUGSOPFERHILFE“ Wuppertal

VERTEIDIGUNG DER MENSCHENRECHTE VOR DEM EGMR UNTER „TEREDO“ EUROPAPLAGE

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN INTERNATIONALEN JUSTIZKONTROLLORGANEN IN PARIS UND BRUXELLES



D-28261 BREMEN, POSTFACH 610164

TELEFON : 49 - 0421 - 22 105 21 TELEFAX: 22 105 19

Offner Brief!

Justizministerium
Mecklenburg Vorpommern
Herrn Justizminister Erwin Sellering

Dremmlerplatz 14
19053 Schwerin

Bremen, dem 28. 12. 2005

Kopien: RA/EU/RH/PR

(Datum der Fernübertragung)

Per Telefax: 0385-588-3450

EU-Behörden der MR-JuKom.

Presse/M

(Dieses Schreiben besteht aus 1 Seite)

Beantragtes Ermittlungsverfahren, das in Ihrem Zuständigkeitsbereich unter dem Geschäfts-Zeichen: **III 330 i.V./3133 E-140/05** geführt wird.

Betrug am Autohaus Hans-Werner Denzien, Rostock!

Sehr geehrter Herr Justizminister Sellering!

Wie ich bereits aus einigen Schreiben seitens der Staatsanwaltschaft, der Generalstaatsanwaltschaft und Ihrem Herrn Gerlinger gehört habe, ist **der bis heute fortlaufende** Betrug der Ostsee-Sparkasse Rostock verjährt.

Uns würde allerdings interessieren, wie Sie die Verjährungseinrede gesetzlich und rechtswirksam begründen.

Ein fortgesetzter Betrug, aus dem sich die Sparkasse von 1991 bis zum heutigen Tag geldwerte Vorteile in Millionenhöhe verschafft, kann unmöglich verjährt sein. Wie Sie von uns erfahren haben, wird die Versteigerung des letzten Anwesens, seitens der Ostsee Sparkasse, betrieben.

Sie, Herr Justizminister, wurden von mir am 8. 12. 2005 noch einmal angeschrieben mit der Bitte, selbst zu erklären, Herr Justizminister oder von Ihren Rechtswissenschaftlern erklären zu lassen, wie ein Betrug, der Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte, § 261BGB, aus dem bis zum heutigen Tag noch geldwerte Vorteile herausgezogen werden, verjährt sein kann.

Wir verlangen nunmehr einen rechtsmittelfähigen Bescheid, aus dem eindeutig und zweifelsfrei die Verjährung des Betrugs an der Familie Denzien, auf Grund von Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland, Ihre Verjährungseinrede, bewiesen wird.

Ihre Antwort hierauf soll den Eingang zum EUGH finden, da wir bereits den EUGH und den Europarat mit diesem Verbrechen konfrontiert haben. Ich denke, dass eine Frist von 10 Tagen für die Beantwortung dieses Schreiben als angemessen gelten kann.

Mit freundlichem Gruß *KLAUS FROMME*